

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 289.

Donnerstag, 12. Dezember 1918, abends.

21. Jahrg.

Direktionsstelle: Tageblatt Riesa.  
Sammel-Nr. 20.

Buchdruckerei: Leipzig 21204.  
Girokarte Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postgeschäft voraussichtlich 80 Pf., monatlich 1.20 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im vorangs zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am Vortag ausgestrahlten und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Fest Tarife. Bewilligte Rabatte erhält, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Werbemäßige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger keinen Anspruch auf Abfernung oder Abschaffung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Nationalauszug und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

### Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung von Freitag, den 13. laufenden Monats ab auf Ab-  
schluss 50 der  
roten Nährmittelfarbe I 250 gr Brotback oder Haferfabrikate,  
grünen 250 gr.

Die Entnahme hat bis spätestens den 19. laufenden Monats zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Brotback in 1/2-Pfund-Paketen 1.88 M. für das Pfund.  
Brotbackstück in 1/2-Pfund-Paketen 1.30  
Haferflocken in 1/2-Pfund-Paketen 1.88 . . . . .  
Haferflocken in 1-Pfund-Paketen . . . . .

Die Abschläge 50 der roten und grünen Nährmittelfarbe I sind bis spätestens den 22. Dezember 1918 an diejenige Unterwertungsstelle, von welcher die Ware bezogen werden ist, einzureichen.

Die Unterwertungsstelle hat die Abschläge gesammelt bis spätestens den 24. De-  
zember 1918 an die Amtshauptmannschaft einzuführen.

1872 b III.

Der Kommunalverband.

### Anmeldung zum Honigbezug von Personen über 70 Jahre.

Dem Kommunalverband steht noch eine kleine Menge Honig zur Verfügung, der nach Beschluss des Ernährungsausschusses an die über 70 Jahre alten Personen zur Ver-  
teilung kommen soll.

Es soll 1/2 Pfund auf den Kopf ausgeteilt werden.

Der Preis stellt sich auf 3.55 M. für das Pfund.

Um einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Mengen nach den einzelnen Orten zu senden sind, werden diesen Personen, die von dem Honig befreien wollen, aufge-  
fordert, sich bis spätestens den 15. laufenden Monats bei der Gemeindebehörde zu melden.

Diese hat die Meldungen mit der Bescheinigung zu versehen, daß die Einnehmer über 70 Jahre alt sind und gesammelt bis spätestens den 17. 1. M. an die Amtshauptmannschaft einzutragen.

1872 b III.

Der Kommunalverband.

### Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

Nachdem die Grundlage über die Verpflegung der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen abgeändert worden sind, wird im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. November 1918 — 1881 o. III — folgendes bekanntgegeben:

1. Die Truppe bestätigt die aus dem Heeresdienst zu Entlassenden bis zum Ent-  
lassungstage einschließlich.

2. Mannschaften, die nach der Entlassung vom Entlassungsorte in geschlossenen Transporten nach der Heimat befördert werden, sind nach Möglichkeit aus Kriegsver-  
pflegungskantinen zu versorgen.

3. Die aus dem Heere Entlassenen sind vom Tage ihres Eintritts in ihrer Wohn-  
ortsgemeinde ab in die Stadtvorpflegung zu übernehmen. Sollte in einem Falle diese Aufnahme aus irgend einem Grunde nicht möglich sein, so ist dies auf kurzestem Wege (telephonisch) bei der Amtshauptmannschaft zu melden und deren Entschließung ein-  
zuholen.

Die übrigen Bestimmungen der oben angegebenen Bekanntmachung bleiben in Kraft.  
Großenhain, am 10. Dezember 1918.

1872 b III.

Der Kommunalverband.

### Aus- und Einfuhr von Brot.

Der nach der gemeinsamen Bekanntmachung vom 8. September 1918 zwischen dem

### Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 12. Dezember 1918.

\* Vollziehung des Arbeiter- und Sol-  
datenrates Riesa am 11. Dezember 1918. Man be-  
richtet uns: Als erster Punkt der Tageordnung wurde ein  
Schreiben des Ministeriums des Innern vom 5. ds. Mo-  
nats behandelt, in welchem auf die Bekanntmachungen des Mi-  
nisteriums des Innern vom 16. und 27. November auf-  
merksam gemacht und zum Schlus verlangt wird, die  
Ferretti erlassenen Bekanntmachungen des Arbeiter- und  
Soldatenrates Riesa zu rückzuziehen. Diese Forderung rief  
die größte Entrüstung in der vollzähligen Sitzung hervor.  
Einstimmig wurde verlangt, dass das Ministerium des In-  
nern zu antworten, dass der Arbeiter- und Soldatenrat zu  
Riesa unter keinen Umständen irgendwelche Anordnungen  
des Ministeriums des Innern nachkommt und nötigenfalls  
die Durchführung seiner Verordnungen mit Gewalt durch-  
setzen wird, solange eine rechtmäßige Vertretung des Pe-  
riods in Dresden nicht erfolgt ist. — Ein ähnliches Schreiben  
wurde vom Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium eingegan-  
gen. Die trafen Maßstäbe in der Verteilung des Wildes  
hatten Unrat gegeben, durchgreifende Veränderungen in  
den Jagdbestimmungen zu tun, um der Bevölke-  
rung des Bezirks Riesa Gelegenheit zu geben, besonders in  
den schlechten Wochen, den Riesa vertraut waren, aber nie  
erhaltenen Jagdanteile zu haben, da sich durch die illus-  
torische Beschreibung der Jagd, welche eine direkte Ver-  
höhnung der Bevölkerung Riesa's bedeutet, indem nur 22  
Wölfe in dem ganzen Amtsgerichtsbezirk Riesa zur Ver-  
teilung gelangen, gezeigt hat, wie wenig Verständnis über  
Interesse im Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium für  
landliche Fragen besteht. Auch hier beschloß die Verammlung  
eininstimmig, ohne Rücksicht auf Gegenmaßnahmen, be-  
sonders Bekanntmachungen seitens des Arbeits- und Wirt-  
schafts-Ministeriums, selbständig im Interesse der All-  
gemeinheit vorauszugehen, sowie in diesem Sinne an das  
Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium einen Bericht abzu-  
senden, worin ausdrücklich betont wird, dass es bei den Be-  
kanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa  
verbrieft und Umgangshandlungen mit aller Schärfe ent-  
gegengesetzt wird, sowie die Jagdbinader durch eine Be-  
kanntmachung zu warnen, den Bestimmungen des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa entgegen zu handeln. — In einer  
Eingabe fordert der neuerrichtete Bürgerrat Riesa Sich  
und Stimme für 3 Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat  
Riesa. Wie bei bisherigen Eingaben von Vorverhandlungen  
konnte der Arbeiter- und Soldatenrat Riesa dem Ansuchen  
nicht nachkommen, da die Bürger hintertrieben in den stadt-  
kollegien vertreten standen, während es den Arbeitern- und  
Soldaten früher auch nicht möglich war, dastellvertreten

zu sein, was aber den Bürgerrat nicht erhalten soll, gleich  
dem Arbeiter- und Soldatenrat zum Wohle der Allgemein-  
heit an dem Wiederaufbau Deutschlands zu arbeiten. —  
Zur Einführung eines einheitlichen Brotentgelts wurde  
beraten, diese Angelegenheit im Unternehmen mit den  
zuständigen Behörden zu regeln. — Um in dauerndem Ein-  
verständnis mit dem auf dem Lande eingeschworenen Trup-  
pen zu sein, wurde eine Kommission gewählt. — Die durch  
einen früheren Befehl eingeschuldeten Strafzölle, welche  
wahlweise an Stelle der Arreststrafen trat, werden auf  
Antrag verhältnis, bis eine rechtsgelebte Regelung da-  
über erfolgt. — Den beiden Vorständen des Arbeiter- und  
Soldatenrates wurde die Gewährung erteilt. Sicher-  
heitsmaßnahmen nach eigenen Plänen durchzuführen. —  
Der Wahlprotest aus Gröba anlässlich der Vergang-  
swochen des Arbeiterrates wurde auf Grund der Wahl-  
ordnung verworfen. — Zum Schlus der Sitzung wurde be-  
fammt, gegeben, dass der Amtshauptmannschaft  
Großenhain ein Vertretermann beigegeben ist. —  
Berichtigung: Die im Bericht über die Vollziehung  
des Arbeiter- und Soldatenrates vom 6. Dezember er-  
wähnten Entlassungen beziehen sich nicht speziell auf die  
Seifenfabrik, sondern auf die Betriebe der Großeinla-  
stungsfabrik überhaupt. Um dadurch die Arbeitslosigkeit  
nicht noch weiter zu vergrößern, sollte erneut werden, ob  
die Arbeitszeit im allgemeinen nicht noch weiter als auf  
8 Stunden zu verkürzen ist. Es sollte im Bericht nicht  
heissen: „trodsdem die 8 stündige Arbeitszeit datelbst noch  
nicht eingeführt ist.“ Die Großeinlastungsfabrik hat be-  
reits am 28. November die 8 stündige Arbeitszeit in allen  
ihren Betrieben in Gröba durchgeführt. Die Angaben über  
die Nachmittagsarbeiten der 8 stündigen Arbeitszeit be-  
zogen sich auf die Papierfabrik in Gröba.

\* Vollzugsamt. Die von der alten  
Sozialdemokratie gestern abend nach dem „Stern“ ein-  
tratene öffentliche Vollversammlung hatte wieder einen  
Wahlaufruhr aufzuweisen. Eine Enttäuschung erlebten  
die Besucher insfern, als der angefochtene Redner, Herr Dr.  
Alberti, Dresden, nicht erschienen war. An seine Stelle  
trat Herr Horn, Gröba. Seine Ausführungen über die  
Haltung der Sozialdemokratie zu Beginn des Krieges, über  
das Werk des Militarismus im Kriege und über den  
Ausbruch der Revolution beschönigten sich auf die Schil-  
derung von Vorgängen, die bereits allgemein bekannt sind.  
Als das Ziel der Revolution bezeichnete er die Sozial-  
republik. Eine demokratische Republik unter der Herrschaft  
des Kapitalismus sei für den Arbeiter ein schlimmer  
Feind als eine Monarchie. In ihr hätten die Kapitalisten  
nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische  
System. Er gab aber zu, dass die Verhaftung des Egen-

tums an Produktionsmitteln nicht von heute auf morgen  
vorgenommen werden könnte. Die Sozialdemokratie habe  
eine schwere Erfahrung angereichert und es sei eine gewal-  
tige, launig überbare Aufgabe, das durch den Krieg ver-  
arbeitete Volk wieder aufzurichten und auf eine wirk-  
same Höhe zu bringen. Da heile es organisch und  
planmäßig zu arbeiten und sich in Geduld zu üben. Die  
Nationalversammlung sei notwendig und die Regierung  
habe auch den Willen, die Wahlen womöglich schon im  
Januar stattfinden zu lassen. Der Wille der Mehrheit sei der  
Sozialdemokratie das höchste Gege. Die Sozialdemokratie  
wolle die sozialistische Republik und werde zum Ausdruck  
bringen, dass die Sozialisierung der einzige Weg aus dem  
Gleis sei. Erhalte ich nicht die Mehrheit, so werde sie  
weiter durch Auflösung für ihre Ziele wirken. Es habe  
aber die Gewissheit, dass das sozialistische Programm liegen  
werde. Der Vorsitzende des kleinen Arbeiterrates, Herr  
Wolff Schreyer, jagte ebenfalls einer demokratischen  
Republik einer Republik wie in Frankreich habe, den schärf-  
sten Kampf an. Das Ziel müsse eine sozialistische Republik  
bleiben. Diejenigen, die behaupteten, an dem Aufbau der  
Republik mitarbeiten zu wollen, müssten nur auf die Chri-  
stlichkeit der Arbeiter, die ihnen gleiche Rechte und damit die  
Möglichkeit gewähren würden, ihre alte Macht wieder  
aufzurichten. Im übrigen rief er die Arbeiterräte auf den Punkt. Der Vorsitzende des kleinen Soldatenrates,  
Herr Richter, meint, dass der eigentliche Kampf erst  
komme. Es müsse für Auflösung und Aufrechterhaltung  
der Ruhe und Ordnung gesorgt werden. Auflösung rücke  
doch das Ziel der Revolution in weite Ferne. Wenn es inter-  
essiere, zu erfahren, wie die Soldaten gefüllt seien, um etwaigen  
Aufstößen entgegenzutreten, dem könne er  
mitteilen, dass die Soldaten jederzeit und jede Minute die ge-  
eigneten Mittel in der Hand hätten, um jeden Ungeh-  
orschen zu unterdrücken. Nach einem Schlußwort des Vor-  
sitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

\* Ein Aufruf an die Armee. Kameraden!  
Heute am 9. November 1918 und später aus dem Kriege  
auscheidenden Unteroffiziere und Männer aus unentgeltlich  
ein Entlassungsbau zu mitgegeben werden. Durch Eingriffe  
und Beschlagnahme Unteroffiziere, durch Bländung und  
ungerechte Verküsse in den ersten Tagen nach der Revolu-  
tion sind die Kommerzien- und Betriebslager fast  
vollständig leer. Neue Anzüge müssen erst wieder ange-  
fertigt werden. Ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird  
alles daran gelegt werden, sie rasch bereit zu stellen, so-  
weit neuer Vorrat da ist, wird zunächst das Feldheer ver-  
sorgt werden. Das Heimatherr wird sich mit den Sachen  
begnügen müssen, die es bereits hat. Sie sind durchschnittlich  
nicht so verbraucht wie die Anzüge des Feldheeres.  
Aber häufig einen besseren Anzug erhält, muss den alten

### Sparkasse der Stadt Riesa.

Mathias.

Sammel-Nr. 29.

Einslagenbestand: 17% Millionen Mark.  
3 1/2 Prozent. | Verzinsung der Einlagen vom  
3 1/2 Prozent. | Tage der Einzahlung ab bis  
zum Tage der Rückzahlung.

Mündlichere Kapitalanlage unter Garantie der mit ihrem gesamten Vermögen  
haftenden Stadtgemeinde.

Vermietung von Stahlblechhäusern. | Einlösung von Bauscheinen.

Aufbewahrung und Verwaltung sicherer Wertpapiere.

Notarische Erledigung | Illegitime Verpflichtungen über alle Geschäftsvor-  
schriftenlicher Aufträge. | Kommune sowohl Bewohner wie Privaten gegenüber.

Kassenkunden: | Montags bis Freitags: 10—12, 2—4 Uhr.

Gemeindeverband-Sparkasse. Kostenlose Geldüberweisungen.

auschlagt zurückzuführen. Es wird hingegen zur Verhinderung neuer Unruhe gebraucht. Räumen Sie! Die bitten end, würdet die Tage, die nicht durch uns verhindert werden, doch Gebild und Berge zu, leicht möglich in einem Anschluss. Gegen Ihr Mitleidung unerreichbare unverhinderte Stellung. Gibt es zum Sommerferien? Hinüber den Rhein und die Bergwerke zu. Der Befehlshaber Groß-Berliner E. und G. R. R. Müller, Moltenoher. — Geschichtlicher Aufzug wird zur Ressource der Ressource gemacht. Der Brigadier: Schießt der Universitätsleiter nach.

— Von Berlin, den 18. III. 1918, ab kommen, wie auf der am 1. Novembermorgen vor dem Kabinett eröffneten ist, um 10 Uhr 50 der roten und grünen Arbeiterschaften sowie über Hochstrafe zur Verstellung.

— Die bisligen Gemeinde-Diaconie ist jedes Jahr vor Weihnachten durch bestens haben an Geld und Gegenstände in den Stand gebracht werden, den Menschen und Frauen der Gemeinde zu Weihnachten eine Spende zu machen. Die Gewinne und Spenden dieses griechischen Arbeiters werden bestens benutzt werden, die den sozialen Wohlstand an Geld und Gegenstände bei der Gemeindejugendheim, Friedrich-August-Straße, eingesetzt werden.

— Die Gemeinderatssitzung. Aus dem Reichsministerium für Bildungsangelegenheiten nach der Besetzung in sozialdemokratischen Zeitungen haben wir am vorherigen Sonntag in Chemnitz beim Eintritt eines kleinen Regiments-Borges erregt, die sich als drächtige gegenrevolutionäre Schröder darstellen, hervorgerufen von militärischer Seite, besonders von Offizieren. Das Ministerium für Bildungsangelegenheiten hat sofort eingehendem Bericht über den Vorfall und Verhinderung des Sprechers der Seite gehörte. Wegen die Übernahme des Gutachtens mit der gebrochenen Stunde vorgegangen werden.

— Drei-Gebundene-Schau. (Von Gustavus Krugler Dresden.) Nachfrage an die Polizei Lohrberg, Richard Schubert, Bielitz: Zum Ersten und zweiten von Schubert ereignete Austragungsort (Art. 10) — Dr. A. M. Rautis, Burgau: Bonn und Ostende zusammen verbundenen hohen Deutschencauen mit Gütingen (Art. 10) — Gustav Krieger, Hermann, Oberdörrigkofen (Osn.) — Dr. Ernst Krause, Wermelsdorf (Dresd.) — Gedenktag Tod (Osn.) — Dr. Max Krause, Großenhain: Wiederholung gegen ein Herausstoßen des von innen eingeschlossenen Schubert (Osn.) — Emil Küster, Bielefeld: Wiederholung zum Entwurf von Stalldorf (Osn.) —

— Drei für Spargel- und Erdbeerkassen. Die Gemütekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht im Reichsangebot Nr. 290 eine Bekanntmachung über die diesjährigen Preise, Groß- und Kleinhandelspreise für Konserven, sowie eine solche über diesjährige Preise für Gemütekonserven. Die Kleinhandelspreise müssen auf jeder Doce vermerkt sein.

— Kultusminister Buch über Trennung von Kirche und Staat. Ein Ausdruck der Seinen in Sachen auf sozialem Gebiet arbeitenden Vereinigungen, der Evangelischen Konferenz und der Katholischen Konferenz, der sich zulammengeschlossen hat, um in der gegenwärtigen Lage die Interessen der Kirche zu vertreten und einen Ausbau der kirchlichen Verfassung auf demokratischer Grundlage zu erstreben, wurde am 5. Dezember im Kultusministerium von Herrn Minister Buch empfohlen. In 1½ stündiger Besprechung wurden von verschiedenen Vertretern des Ausschusses, der aus Geistlichen und Nichtgeistlichen bestand, die Schwierigkeiten dargelegt, die sich der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche entgegenstehen und auf die zugesetzten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aufmerksam gemacht, die bei der Durchführung der Trennung Berücksichtigung erforderlich, wenn eine Neinrichtung der öffentlichen Meinung und eine Schädigung des Volksangebots vermieden werden soll. Im Laufe der Unterredung wurde von Herrn Minister Buch erklärt, daß nach seiner Ansicht die Trennung nicht eher erfolgen sollte, als bis eine solche Zustimmung des Staatsweises erfolgt und durch Bekanntmachungen und Vereinbarungen der deutschen Kultusministerien und Regierungen eine gewisse Einheitlichkeit der Durchführung gewährleistet sei. Auch die Beleidigung der gegenwärtigen Einheit der Christenstreu durch die politischen Gemeinden werde erst dann erfolgen, wenn unter Berücksichtigung aller rechtlichen und sozialen Fragen diese Angelegenheit von allen Seiten als brauchbar erachtet werden sei. Die kirchlichen Stiftungen, die von den Stiftern für kirchliche Zwecke bestimmt worden sind, würden der Ausrichtung der Kirche nicht entzogen werden. Überhaupt werde sich der Herr Minister bemühen, bei der Durchführung seiner Aufgabe, die Trennung von Kirche und Staat vorzubereiten und zu vollziehen, jede Härte zu vermeiden und dafür zu sorgen, daß niemand wirtschaftlich geschädigt werde. Denn er habe, obwohl verblüffend, doch bei Kirche und dem kirchlichen Glauben ohne Feindseligkeit gegenüber. Man gewinne aus der Bekanntmachung den Eindruck, daß die wichtige und mit so vielen anderen Interessen verschlossene Trennungssache lediglich unserer Sozialistischen Regierung mit Bekanntheit und nicht ohne Bekanntheit für die berechtigten Instanzen der Kirche und die religiösen Bedürfnisse weiter Kreis der Bevölkerung behoben wird.

— Weitere Aufhebung der Bezugsfreiheit. Die Kriegsgesellschaft für Dörfergemeinde veröffentlicht im Reichsangebot Nr. 291 die Groß- und Kleinhandelspreise für Dörfergemeinde unter dem Hinweis, daß diese sowie die am 1. November 1918 veröffentlichten Kriegsgesellschaft für diesen Fabrikat nur für den Absatz des Dörfergemeinde-Gutes bestimmt ist, welches aus Großgemeinde der Rentei 1918 herstammt. Gleichzeitig macht sie bekannt, daß der Betrag gegen 2. November 4 der Bekanntmachung vom 1. November 1918 infolge einer Änderung erhöht, als die Verordnung nur zum Geldlohnpreise in Rechnung gestellt werden darf mit der Höchstgrenze, die in oben genannter Bekanntmachung veröffentlicht ist.

— Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen. In den Bestimmungen über die Verpflegung der zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen sind auf Grund der bisher getroffenen Erfahrungen einige Änderungen vorgenommen worden. Der Übergang aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung ist nunmehr folgendermaßen geregt: 1. Die Truppe befindet sich aus dem Dienstleistung zu Entlassenden bis zum Entlassungstage einschließlich. 2. Mannschaften, die nach der Entlassung vom Entlassungsorte in geschlossenen Transporten nach der Heimat befördert werden, sind nach Möglichkeit aus Kriegsverpflegungsanstalten zu verpflegen. 3. Mannschaften, die vom Entlassungsorte über vom Endpunkt des geschlossenen Transportes ab noch einen Einzelmarsch (mit Pferden oder Fuhr) zur Bereitung ihres Heimatortes zu tun haben, sollen für jeden Kilometer aus Heeresangehörigen gegen Bezahlung eine Beutportion von 800 Gr. erhalten. Zur Bezeichnung der übrigen Verpflegung dienen die Kosten nach den bestehenden Bestimmungen zu zahlen.

Das Verteidigungsministerium. 4. Sollte die Entlassenen nicht nach Bitterfeld 2 und Kriegsverpflegungsanstalten verpflegt werden, erhalten sie das zum Übergang in die allgemeine Lebensmittelversorgung des Reichs auf Entfernung bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Stadtkommandanten auf Grund der Entlassungsbefreiung bis entsprechenden Gemeinschaftsvereinigungen zur Verpflegung oder, soweit Maßnahmen über bestehende Verpflegungsstellen verbinden sind, Verpflegung aus diesen. Dabei ist ihnen bestellt, daß sie zum Bitterfeld 2 aus Gemeinschaften erhalten haben, aus die ihnen passenden Brotmarken angerechnet werden. Auf der Entlassungsbefreiung (Goldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Brotmarken oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die allgemeine Lebensmittelversorgung übernommen. Weiter ist aus Vermehrung der Doppelversorgung angeordnet worden, daß bei der Ausübung der Entlassung aus Lebensmittelversorgung im Kommunalverbund des Reichs aus der Entlassungsbefreiung ein entsprechender unterstempel "Bremen" zu machen ist.

— Berlin. Beim Spielen mit einer schweren Gewehrmunition, die er in der Nähe der Eisenbahnstraße gefunden haben will, und beim 18 Jahre alten Knaben Kurt Röthe die den mittleren Finger der linken Hand vollständig zerissen waren, so daß sie im Krankenhaus haben abgeschnitten werden müssen.

— Böda. Vier Jüliche und wenige Haken gibt es, wie bestellt im Vorjahr, so auch dieser in der Bödaer Spittel wurden 14, auf einem Nachbarsteuer 16 erlegt. Außerhalb der Kreisstadt laufen in Böda 8, in Wachau 5 per Straße. Bei einer Kreisjagd wurden in Wachau und bei Leisnigberg je 3 der Freiberger geschossen. Die Fuchsähnliche blieben hoch im Kreis. Keiner aber steht es mit der Wildbiererei, namentlich der Schlingnagelerei. Das Ergebnis der Jagden bei den Jagden ist sehr gering.

— Bautzen. Wie der Prozeß "Becker" meldet, sei eine Abordnung der Bautzener "Gorden" in Bautzen eingetroffen, um dort zu feiern, daß auch sie sich dem Stadtvorwerk angeschlossen. Nach demselben Blatte berichtet die Abordnung, daß sich in der Ober- und Niedersachsen eine neue nationale Bewegung geltend mache. Eine Viertelmillion "Gorden" in der Stadt verlangen, daß sie dem Schlackenauer Ausländer angehören würden. Die aus Bauern bestehende Abordnung wurde bei tschechoslowakischen Bieglerung vorgetragen, mit der sie wegen des Anschlusses an die tschechoslowakische Republik verbündete.

— Bördeland. Brauerei und Bäckerei wurden bei einer Untersuchung der Landesfürsorgeanstalt Nieder-Bördeland bei Hartensteinen entdeckt. Die meisten Bäcklinge leiden an schwerer Unterernährung, andere sind mit schweren Krankheiten behaftet und werden miss behandelt. Der Direktor und drei Bürger wurden verhaftet.

— Brieselang. Am Dienstag abend wurden in den Scheitträumen der Spartakusleute von Soldaten die Schaukästen zertrümmert und Johann aus dem Laden sämtliche Exemplare der "Roten Fahne", sowie alle sozialen Flugblätter auf die Straße geworfen. Die angesammelte Volksmenge verließ sich darauf in Ruhe und Ordnung.

## In Ordnung über die Vereinigung.

Der deutsche Reichskonsistorium im November 1918.

Von Karl Hammer.

— Auf Namen, 1. Dezember 1918.  
Zusammen mit dem Bismarck (Art. 10) — Dr. A. M. Rautis, Burgau: Bonn und Ostende zusammen verbundenen hohen Deutschencauen mit Gütingen (Art. 10) — Gustav Krieger, Hermann, Oberdörrigkofen (Osn.) — Dr. Ernst Krause, Wermelsdorf (Dresd.) — Gedenktag Tod (Osn.) — Dr. Max Krause, Großenhain: Wiederholung gegen ein Herausstoßen des von innen eingeschlossenen Schubert (Osn.) — Emil Küster, Bielefeld: Wiederholung zum Entwurf von Stalldorf (Osn.) —

— Drei für Spargel- und Erdbeerkassen. Die Gemütekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht im Reichsangebot Nr. 290 eine Bekanntmachung über die diesjährigen Preise, Groß- und Kleinhandelspreise für Konserven, sowie eine solche über diesjährige Preise für Gemütekonserven. Die Kleinhandelspreise müssen auf jeder Doce vermerkt sein.

— Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen. In den Bestimmungen über die Verpflegung der zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen sind auf Grund der bisher getroffenen Erfahrungen einige Änderungen vorgenommen worden. Der Übergang aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung ist nunmehr folgendermaßen geregt: 1. Die Truppe befindet sich aus dem Dienstleistung zu Entlassenden bis zum Entlassungstage einschließlich. 2. Mannschaften, die nach der Entlassung vom Entlassungsorte in geschlossenen Transporten nach der Heimat befördert werden, sind nach Möglichkeit aus Kriegsverpflegungsanstalten zu verpflegen. 3. Mannschaften, die vom Entlassungsorte über vom Endpunkt des geschlossenen Transportes ab noch einen Einzelmarsch (mit Pferden oder Fuhr) zur Bereitung ihres Heimatortes zu tun haben, sollen für jeden Kilometer aus Heeresangehörigen gegen Bezahlung eine Beutportion von 800 Gr. erhalten. Zur Bezeichnung der übrigen Verpflegung dienen die Kosten nach den bestehenden Bestimmungen zu zahlen.

tung der Gewerkschaften einzuholen. Um das Mittel der Stufen zu vermeiden, werden von unten beginnend in einem Kilometer Abstand alle Gewerkschaften durchzugehen und unbedingt zuholen. Der Gewerkschaftsleiter ist so einzurichten, daß die Gewerkschaften auf dem höchsten Etagen der Organisation vorbereitet werden. Die Zahl der Gewerkschaften ist aber erstaunlich gering, die Dresdner sind ganz verschwunden, denn jetzt ist alles auf den Beinen, jeder Mann will möglichst S. S. nach Haus kommen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 12. Dezember 1918.

### Meldungen der Berliner Morgenblätter.

— Berlin. Zu dem Ruf an das deutsche Volk aus Reichsbeamten schreibt die "Deutsche Allg. Sta." : Es mußte einmal rücksichtlos ausgesprochen werden, daß die bürgerlichen Volks- und Reichsstrände sind, die unter dem höchsten ansetzbaren Vorwand zeitweiliger Veränderung den überkommenen Gang zur Kleinstadt und Sonderbundstreit nachgeben und den ungeheuren bauenden Städten nicht leben oder nicht leben wollen, die dadurch dem geistigen Deutschen Volk ermächtigt. Die Gewerkschaft der Reichsbeamten ihrer Muttererde die Freiheit wahren werden, erscheint begründet, aber sie muß sich rütteln und betonen, ehe — wie im Osten — die laute Widerheit dem Bandesträne in die Hände arbeite. Es scheint für solchen Zweck nicht der rechte Weg zu sein, den die Oberbürgermeister von Köln und Koblenz betreten haben, die Rückeroberung des alten Reichslandes in eine rheinische Stadt zu erhalten. Solches Anstreben vermag einer Verständigung aller Deutschen über die ersten Notwendigkeiten ihres Daseins nur entgegen zu wirken. Durch Anblasen unruhiger Säders wird der Feind im Segenteil zum Angriff ermutigt, den man wahren will.

— Die vereinigten östlichen Städte verhandeln am 18. Dezember eine außerordentliche Versammlung, um zu der bedrohlichen Verstärkung untere Erziehungsverhältnisse Stellung zu nehmen. Die Räte in ihrer Gesamtheit werden sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Düngeblockade halten.

— Im Kongresshaus des Reichskanzlergebäudes wurden gestern Abend die Vertreter der A. Garde-Grenadiere-Division durch den Beauftragten Oberst für die Republik verabschiedet. Die Volksbeauftragten und der Kriegsminister wohnten dem Akt bei. Die verlassenen Soldatenräte der deutschen Jägerdivision und des Infanterie-Regiments 189, die gestern in Berlin angekommen sind, erklärten eine Erklärung, der aufs folgende Sie und alle ihre Kameraden treu zur Verfügung Oberst-Hohe stehen, die sie nach allen Kräften unterstützen wollen, um Ruhe und Ordnung zu erhalten.

### Die Entente verhandelt mit Vertretern der Soldatenräte in unseren Händen.

— Berlin. Gegenüber den verschiedenen Kreisnoten, wonach die jetzt in den deutschen Händen anwesende englische Kommission es ablehnt, mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln, folgende Mitteilungen des Vertrauensmannes vom 5. November (Kontrollrat) von Wiesbaden:

Die englische Wasserkontrollkommission hat am 10. Dezember die hier im Hafen liegenden Kriegsschiffe bestätigt. Sicherlich ist von der interessierten Presse immer wieder behauptet worden, daß die englische Kommission es strikt ablehne, mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln. Bei dem früheren Verhandlungsweg wegen Ablieferung der deutschen Kriegsschiffe ist allerdings eine solche Abordnung an Bord der englischen Schiffe nicht empfangen worden; der Grund hierfür dürfte darin zu suchen gewesen sein, daß entstehende Verträge über das Wirken der Soldatenräte in die feindliche Presse geraten sind und dort den Eindruck herverursachen haben, als herrschten in Deutschland die gleichen Zustände wie in Russland. Aus dieser so entstandenen Aufsicht erfolgte damals die Ablehnung. Dagegen wurde beim Ausstossen der englischen Wasser-Kontrollabteilung in Wilhelmshaven die von Offizieren und Vertretern des Soldatenrats Wilhelmshaven eingesagten Gruppen der nordwestlichen Küste ausgetragen. Männer frisierte Bärte hat sich hier wieder durchwärmen können. In den allermeisten Hälften bestand zwischen den Soldaten und den Haushaltbewohnern das denkbare beste Verhältnis, das sich nicht selten durch Freundschaft von beiden Seiten aus offenbart. Wenige kurze Wochen noch, und dann hat die Haushaltbewohnerlichkeit für immer ein Ende. Wir weinen ihr gewiß keine Freude mehr, aber einen ehrenhaften Abschluß kann wir doch wünschen. In diesem Zusammenhang sei auch der wehrkundliche Willkür in Südbaden gedacht, die uns im Frühling beherbergt, und die uns jetzt nach dem Wiederkommen freudig zwei Eier als Gastgeschenk anbietet. Zwei Eier! Das ist nicht nur eine Hoffnung in der Heimat, sondern die Erzeugnisse des fröhlichen Nebenberufs sind auch in Südbaden erheblich im Kurze gekommen. Also auch in diesem Klima wird Südbaden nie der Ort starker Erinnerungen sein. Dieser lange Quartierort auf dem südlichen Westfalen ist und jetzt nichts von den Schrecken des Jahres 1918 gezeigt. Das gleichzeitige Datum des Berliner-Überganges macht aber alle Kameraden zur Ruhe und Sicherheit, denn noch liegt ein langer Tag des Rückmarsches, der in Südbaden die in der Heimat verbliebenen Kameraden auf dem Boden der Heimat bestätigt.

— Bremen mahnt zur Ruhe. In einer anarcho-syndikalistischen Versammlung im Wagnerbau in Bremen hat Görner gegen seine Genossen, vor denen er sich als Radikaler bekannt, zur Ruhe gemahnt. Sie sollten absehen von ihrem Wagnis, damit die Entente nicht einmarschiere. Die Einberufung der deutschen Nationalversammlung erklärte er für unabdinglich notwendig.

### Die A. und S. Räte in der neutralen Zone nicht aufgelöst.

— Frankfurt a. M. verdientlicht eine Rücksichtnahme: Die in verschiedenen Städten gebrachte Nachricht, daß die Entente die Aufführung der A. und S. Räte in der neutralen Zone verhindern will, ist vollkommen richtig. Der Arbeiterrat hält aber wie in anderen Städten noch wie vor seine Tätigkeit aufrecht. Die Vollzöglung ist auf eine Meldung des Armeekommandos zurückzuführen. Der Arbeiterrat erklärt nach dieser Meldung, daß er vollkommen unbewußt war, daß die Entente nach den Wasserkontrollabteilungen die Angriffe in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone vorbereitet habe. Der Arbeiterrat Frankfurt a. M. hat nach den Wasserkontrollabteilungen für Frankfurt eine sogenannte Volksgarde vorgesehen. Die Truppen stehen nach ausdrücklicher Erklärung des Generalstadtkommandeurs mit dem Offizierskorps auf dem Boden der Reichsregierung Oberst-Hohe und tritt jedem gegenrevolutionären Verlust entgegen.

— Bekanntmachung über die Freiheit. — Berlin. Die Volksbeauftragten erläutern eine Bekanntmachung über die Freiheit, in der es u. a. heißt: In den letzten Tagen haben sie die Angriffe von A. und S. Räten in die Freiheit verantworzt, daß die Reichs-

I chtung ihres aufs entschiedenste entgegentreten zu sein. Sie verbietet sich aufs kördrücke gegen jede gewaltfame Verstärkung des freien Wortes und fordert von den R. und S.-Mäten die nötige Aufrechterhaltung der Freiheitlichkeit, die eine ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird außerdem der Versuch konzentriert, dass S. und R.-Mäte sein, zu erwidern, wie gegen örtliche Organisationen vorgegangen sei, die sich solche willkürliche Handlungen zu schulden kommen lassen.

#### Die Auflösung der Volkslandspartei.

■ Berlin. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkslandspartei hat am 10. Dezember die Auflösung der Partei beschlossen.

Kundmachungen für die sozialistische Regierung in Bromberg.

■ Bromberg. Eine Kundgebung für die sozialistische Regierung und die Festigung des durch die Revolution errungenen verankerten heutigen Zustand ist die sämtlichen Truppenstellungen des Standortes Bromberg. Mit Kulis und mehrenden Waffen marschierten sie in endlosem Zuge, dem sich immer neue Waffen anschlossen, durch die Straßen Brombergs nach dem Neuen Markt, wo von drei Tribünen zu gleicher Zeit Ansprachen an die inzwischen aus weit über 6000 Kämpfen angeschwollenen Menschenmassen gehalten wurden. Mehrere waren Gewerkschaftssekretär Eitels, Gewerkschaftssekretär Wende und Kamerad Tarnwaldt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir anwesenden Soldaten und Einwohner von Bromberg und Umgebung versichern uns, nur zurjenigen Regierung zu halten, und verlangen die schneidige Eindringung der Nationalversammlung.

#### Die Angelegenheit Thossen-Sinnens.

■ Dortmund. Ein Kriminalbeamter aus Berlin und ein Mitglied des R. und S.-Rates aus Mülheim waren gestern hier, um die Angelegenheit Thossen-Sinnens zu untersuchen. Der Urheber der Beschuldigungen, ein Kölner namens Robert Börsch, ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des R. und S.-Rates Dortmund. Bei der gezielten Vernehmung bat Börsch angegeben, dass er die Beschuldigungen erdacht hat. Daraus wurde Börsch verhaftet.

#### Gedenkfeierungen.

■ Berlin. Das frühere Mitglied des R. und S.-Rates, Kolin Koch, ist heute aus der Haft entlassen worden, nachdem sich die Haftlosigkeit der gegen ihn erprobten Verdächtigungen herabgesetzt hatte. Ebenso ist auf Veranlassung der Reichsleitung die Entlastung des Herrn Hössen und der mit ihm festgenommenen Personen erfolgt.

#### Ausstellung des deutschen Handels in Brüssel.

■ Bern. Wie "Velti Varelli" aus Brüssel meldet, ließ die Brüsseler Stadtverwaltung eine Verfügung ergehen, nach der deutsche Erzeugnisse künftig nicht mehr für südländische Rechnung angekauft werden dürfen. Ferner sollen Angebote von Firmen, die mit dem Deutschen Handel treiben, nicht mehr berücksichtigt werden. Die belgischen Banken haben alle Beamten deutscher Herkunft entlassen.

#### Die Besetzung der deutsch-böhmisches Städte durch die Tschechen.

■ Wien. Wie das "Neue Wiener Tagblatt" mitteilt, macht die Besetzung der deutsch-böhmisches Städte durch die tschecho-slowakischen Truppen eine Fortsetzung. Im Laufe des heutigen Tages wurden Leidenberg, Trautenau und Gablonz von den Tschechen besetzt. Ebenso wird die Belagerung von Troppau in den nächsten Tagen erwartet. Der Landeshauptmann von Böhmen hat im Namen der deutsch-böhmisches Landesregierung an die Regierungen der Entente in Versailles ein Telegramm gerichtet, worin er um die Befreiung Deutsch-Böhmens durch amerikanische oder englische Truppen ersucht unter Hinweis darauf, dass bei der erbitterten Spannung zwischen den Tschechen-Slowaken und Deutsch-Böhmen die Befreiung Böhmen durch Tschechen nur unnötige Belästigungen verursachen würden. Ein doppeltes Telegramm hat der Landeshauptmann an Wilson gerichtet.

#### Die Franzosenherrschaft in Mex.

■ Stuttgart. An dieser militärischen Stelle ist ein Bericht von Böhmingen des R. und S.-Rates in Mex eingegangen, aus dem folgendes hervorzuheben ist: In Mex und ganz Böhmingen internierten die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern nicht vor 1870 in Böhmingen gewohnt haben. Soweit bekannt, sind allein von Mex 880 Offiziere und 8000 Mann nach Nancy geschafft worden. Die Franzosen haben dabei hinterhältige Mittel angewandt und einen Auftrag erlassen, wonach zu katholischen Zwecken alle Katholikinnen im Hotel Terminus zu melden haben. Für Lebensmittel sorgen die Franzosen. Ein Michelothringer fand sich in Mex gut aufzuhalten. Die bekannten französischen Schimpfnamen wie "Sal" wurde gern ihm übertragen in die Ohren. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln unter Beihilfe von französischen Priestern und Offizieren heruntergerissen worden. Michelothringer kann gut daran, sich nicht nach Böhmingen zu begeben. Sechs Mitglieder des Soldatenrats wurden verhaftet.

#### Aufschlussungen belgischer Soldaten in Norden.

■ Amsterdam. Wie die sozialdemokratische Zeitung "Der Volk" meldet, haben am Sonntag abend belgische Soldaten in Norden schwere Auseinandersetzungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, miethandelnde Bewohner und er-

schossen einen Passanten. Französische Soldaten kehrten die Ordnung mit Waffenfeuer wieder her.

■ Trier. Die deutschen Delegierten der Westküstenkommission sind nunmehr lärmlich in Trier angekommen. Bei der Ankunft war der Hauptbahnhof durch amerikanische Truppen abgesperrt. Die Kommissionssitzungen wurden strenglich interniert. Niemand hat zu ihnen Zugang. Gestern sollte Marschall Koch in Trier einzutreffen.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet. Es könnte also höchstens um Kriegsgefangene handeln, die gewisslich in diese Arme eingeschafft wurden oder solche, die zum Bolschewismus übergetreten seien.

Die Maricommision der Entente in Stettin.

■ Kiel. Das englische Divisionsbüro "Dardanelles" mit der Maricommision der Entente in Kiel ist in Begleitung zweier Sekretäre gestern Abend in den Kieler Hafen eingetroffen.

#### Die Verhandlungen in der holländischen Kammer.

■ Haag. (Korrespondenzbüro.) Am Laufe der allgemeinen Debatte in der II. Kammer erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Warhant, dass er gestern von der Regierung abgegebene Erklärung über den Durchmarsch der deutschen Truppen und den Aufenthalt des französischen Kaisers für ausreichend halte. Seiner Ansicht nach habe die Regierung nicht anders handeln können. Er sprach als seine Überzeugung aus, dass die Annexion eines Teiles der Niederlande nur noch einem neuen Kriege würde stattfinden können.

#### Tat für den Völkerbund.

■ New York. (Reuter.) Gest gestern bei einem Dinner im Votius-Club: Wenn von der Friedenskonferenz kein Völkerbund erreicht werde, so sei der Krieg ein Völkerkrieg und würden auch der Friedensvertrag und der nachherige Frieden Völkerkrieg sein.

#### Mästerei sächsischer Truppen aus Finnland.

■ Helsingfors. Vorgestern und gestern ist ein schwedisches Karabinerregiment nach Deutschland in See gegangen. Die letzten deutschen Truppen nebst Stadt sollen Ende dieser Woche eingeschifft werden.

#### Wilson auf hoher See.

■ New York. (Reuter.) George Washington, der Adjutant des Präsidenten Wilson, hat jetzt ruhigeres Bett. Ein rauschender Sekretär wird von den Angern mit einer großen Zahl von Droschen zurückgefahren, die der Präsident auf seiner Reise fuhr. Wilson hatte auf der Fahrt erste Gespräche mit dem französischen und italienischen Botschafter.

#### Einladung der Schweiz an Wilson.

■ Bern. Schwäbische Zeitung. Der Bundesrat hat dem Präsidenten Wilson mitteilen lassen, dass er sich freuen würde, wenn Wilson anlässlich seiner Europareise auch die Schweiz mit einem Besuch bereisen würde. Der Bundesrat würde darin den Beweis der Freundschaft zwischen der österreichischen und der österreichischen Republik sehen. Dem Präsidenten wäre Gelegenheit geboten, sich persönlich von der Einigkeit des österreichischen Volkes zu überzeugen.

■ Wilsons Herausstellen von der Friedenskonferenz.

■ Amsterdam. Nach einem bissigen Blatte schreibt die "Times": Der Vorschlag Wilsons, an der eigentlichen Konferenz nicht teilzunehmen, ist ein Seelen von Vorleicht. Der große Einfluss des Präsidenten wird von den Deutschen bei den nächsten Verhandlungen zwischen den Mästern und den formellen Konferenz vorausgesetzt, zur Geltung kommen.

#### Eine Schlappe des russischen Bolschewiken.

■ London. (Reuter.) Die "Times" meldet unter dem 2. Dezember aus Umsatz, dass die russischen Truppen in der Nähe von Omsk am Morgen des 2. Dezember der Bolschewisten in der Blanke angegriffen und ihren rechten Flügel, der Jefaterburg bedroht, aufgerollt haben. Eine ganze bolschewistische Brigade wurde versprengt und 1000 Gefangene gemacht. An dem Angriff waren alle russischen Truppen beteiligt.

#### Schabwiegung der belgischen Hosenarbeiter.

■ Antwerpen. Aus Antwerpen wird gemeldet: Die Hosenarbeiter haben beschlossen, nicht mehr als acht Stunden am Tage zu arbeiten bei einem Lohn von neun Francs. Vor dem Kriege betragen die Löhne vier bis fünf Francs für den Tag. Es wird weiter mitgeteilt, dass der Hosenarbeiterverband aus jede Nachtarbeit abgeschafft hat.

#### Beginn der französischen Demobilisation.

■ Antwerpen. (Reuter.) Eine militärische Verabschiedung der belgischen Hosenarbeiter.

■ Antwerpen. Aus Antwerpen wird gemeldet: Die Hosenarbeiter haben beschlossen, nicht mehr als acht Stunden am Tage zu arbeiten bei einem Lohn von neun Francs. Vor dem Kriege betragen die Löhne vier bis fünf Francs für den Tag. Es wird weiter mitgeteilt, dass der Hosenarbeiterverband aus jede Nachtarbeit abgeschafft hat.

#### Wohlfahrtsgenossenschaft von Wohnungen in Riga.

■ Riga. Die Engländer, besonders aber die Schotten, gehen in der Wohlfahrtsgenossenschaft von einzelnen Wohnungen und ganzen Häusern sofort und rücksichtslos vor. In den Börsen wurden von ihnen viele gesäubert. Alle Theate-

reide umleuchteten und lieblosen Sie sah. „Auch Ihnen scheint das Jahr in der Fremde gut bekommen zu sein?“

„Finden Sie, John?“

Viktor Heldens hatte von den rasch gewechselten Jahren nur wenig verstanden, aber die heraldische Begegnung und das ganze Verboten und Verboten des Amerikaners verriet ihm, dass hier alle und vertraute Begegnungen bestanden. Heldens, mit einem leisen Gefühl der Enttäuschung und Verzweiflung, hielt er sich ein wenig abseits. Deutnant von Flotow war nicht genehmigt, sich in die Ecke zu stellen oder hellen zu lassen. Er trat einen Schritt gegen den Amerikaner vor und stellte sich, sein deutsches Englisch aufrecht.

„Glauben! Deutnant von Flotow. Ich hatte die Ehre mit Miss Barthurst bekannt zu werden.“

Während der Amerikaner erstaunt auf den Miss Flotow und ihr Name an ihr Ohr. Lieblos riechtes sie sich auf. Ein Herr im Weißanzug stand vor ihr und freute sich lächelnd seine Freude entgegen.

„Guten Tag, Miss Carrick“, sagte er im echten Yankee-Ton. — „Seht erstaunt. Sie zu sehen.“

„Ah, John, welche Überraschung!“

Die Rose bezüglich Freude schlug in ihr Gesicht, während sie die bargehobene Hand des vor ihr Stehenden erfasste und lieblos brachte.

„Wie kommen Sie hierher?“

Der Amerikaner, ein Mann von etwa dreißig Jahren überzeugte die schlanke Gestalt, das freudig erwartete Gesicht, mit warmen, fast zärtlichen Blicken.

„Von Paris. Eine wichtige Transaktion mit Bouteau u. Co. — Sie haben von der großen Elektroindustrie gehört, — erzählte mich zu einer kurzen Stunde über den Ocean. Da mit Viktor Barthurst lachte, dass Sie mit der „Aurelia“ reisen würden, habe ich mich bereit und — da bin ich!“

Die lächelnden, etwas harten Augen des Amerikaners wurden von einem weichen Gefühl durchstrukt. Auch Carrie Barthursts freudig erregte Miene bewies, wie sehr sie sich über dieses Zusammentreffen freute. „Wie geht es meinen Eltern und dem guten Tom?“

„Soviel ich weiß, alles wohl und munter.“ Seine

Augen schlossen sich, als ob er müde geworden sei.

„Ich habe eine Bitte, Herr von Flotow.“

Der Amerikaner machte seine schmeichelige Verbeugung und legte mit der bei ihm fast herkömmlichen Bewegung seine Frechte auf die Gesichtsseite.

„Gnädige, dürfen nur bestehen. Mit Wonne zu jedem Dienst bereit.“

müssen geschlossen haben. Zu der Nacht vom 11. zum 12. Dezember werden die Uhren um eine Stunde zurückgestellt, bei laus Verlösung der englischen Bevölkerung für den Brückenkopf Köln die westeuropäischen Zeitungen mehrgängig

#### Gegen einen englischen Militarismus.

■ Rotterdam. (Streiter) Die britischen Delegierten der Westküstenkommission sind nunmehr lärmlich in Trier angekommen. Bei der Ankunft war der Hauptbahnhof durch amerikanische Truppen abgesperrt. Die Kommissionssitzungen wurden strenglich interniert. Niemand hat zu ihnen Zugang.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Armee unterhaltenen zahlreichen deutschen Offiziere, die dort Kommandostellen inne hatten, sofort zurückzurufen würden. Die deutschen Vertreter haben sofort erklärt, dass sich mit deutscher Zustimmung nicht ein einziger Deutscher in der sozialistischen Armee befindet.

■ Berlin. Die Vertreter der Entente in der Westküstenkommission haben die Forderung gestellt, dass die von und in der russischen Roten Arm



# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion und Druck: Sanger & Winterlich, Riesa. Herausgeber: Georg Krebs. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Nr. 289.

Donnerstag, 12. Dezember 1918, abends.

71. Jahrg.

## Demonstrationen und Einzüge.

Aus Berlin wird uns berichtet: Berlin steht gegenwärtig im Zeichen der Demonstrationen und Einzüge. Kein Tag verläuft, an dem nicht im Anschluß an eine politische Versammlung Anhänger der Wehrheitssozialisten, der „Unabhängigen“ oder der Spartakusgruppe mit roten Fahnen in lächer endlosem Zuge die langen Straßen Berlins durchziehen und „demonstrieren“. Demonstriert wird morgens, mittags und abends, wenn es nötig ist auch in der Nacht. Im allgemeinen sind diese Demonstrationen ruhig verlaufen, nur vor einigen Tagen ist es bekanntlich zu einem blutigen Zusammenstoß, offenbar auf Grund eines Misshandlungsfalls gekommen. Die Demonstrationen sind gewissermaßen begünstigt durch das unnatürliche warme Dezemberwetter, das statt Eis und Schnee, den Berlinern bisher nur Regen und Schmelz beschert hat. Ist bei Regenwetter der Berliner Verkehr schon an und für sich stark behindert, so liegt er infolge der Demonstrationszüge oft Stundenlang völlig darunter. Es ist für die eilig Vorortstreibenden, die womöglich mühsam einen Platz in der Straßenbahn ergattert haben, nicht gerade erfreulich, wenn ihr Wagen alle paar hundert Meter einer demonstrierenden Volksmasse begegnet und dadurch oft vierstündentiefenlang zum Halten gezwungen wird. Bei den Demonstrationen haben sich gewissermaßen als ein erstuerliches Ereignis die Truppenempfänge gesellt. Die Garde rückt wieder in Berlin ein und wurde feierlich am Brandenburger Tor begrüßt.

Am folgenden Tage steht die deutsche Jägerdivision ihren Einzug in die Reichshauptstadt. Diese Jägerdivision setzt sich aus Angehörigen aller deutschen Stämme zusammen. Schon seit einigen Tagen lag sie losgelassen vor den Toren der Reichshauptstadt im Quartier, nun nun, einen Tag nach der Garde, ebenfalls ihren feierlichen Einzug zu halten. Bei diesem Einzug zeigte es sich, daß man von den traurigen Erfahrungen des Vortages eingemessen gelernt hatte. Infolge der unzureichenden Absperrungsmaßregeln waren nämlich beim Aufmarsch der Truppen durch den Pariser Platz zahlreiche Personen im Gedränge mehr oder minder schwer zu Schaden gekommen. Die Rettungswachen hatten vollaus zu tun. Um dersetzen überflüssige Neuercheinungen zu verhindern, ging man am nächsten Tage etwas rigoros mit den Absperrungsmaßnahmen vor. Auf diese Weise werden die Truppenempfänge, deren Berlin in den nächsten Tagen noch eine ganze Anzahl zu erwarten hat, hoffentlich in ruhigeren Bahnen verlaufen.

Auch in das benachbarte Potsdam haben die Truppen wieder ihren Einzug gehalten und zwar als erste die Angehörigen der ersten Jägerdivision. In Potsdam fand die feierliche Begrüßung im Lustgarten durch Bürgermeister Raubitsch und das Soldatenmitglied Enge statt. Vereine, Innungen und Schulen bildeten hier Spalier zu Ehren der heimkehrenden Feldgrauen. Eine besondere Ehrengabe der Potsdamer Garnison fand dadurch statt, daß während der Stunden des Einzuges sämtliche Geschäfte schlossen und auf diese Weise geschlossen waren. Für die zurückkehrenden Truppen waren außerdem für etliche Tage das Potsdamer Theater nahezu völlig reserviert.

### Eine Ansprache des Volksbeauftragten Haase.

Aus Berlin wird gemeldet: Beim gestrigen Einzuge der deutschen Jägerdivision, die aus Truppen aller deutschen Stämme gebildet ist, hielt der Volksbeauftragte Haase am Brandenburger Tor eine Ansprache, in der er sagte: Soldaten! Der Staat der Beauftragten der Regierung der sozialistischen Republik begrüßt euch auf Wärme bei eurer Rückkehr in die Heimat. Als die Regierung die Gewalt ergriß, war es ihr festes Entschluß, die hirnlose Massenschlachtterei auch nicht um eine Stunde zu verlängern. Die alten Machthaber, die euch in den Krieg hineingetrieben und Eland über Eland gehäuft haben, sind gestürzt. Eure Kameraden in den Käfern tragen viele Abzeichen. Auf den Amtsgebäuden steht die rote Fahne. Dieses Mot ist das Sinnbild der Menschenverbündung, zu der sich die sozialistische Republik bekenn. Nur die sozialistische Gesellschaft vermag, Stabilität der Völker anzuspalten und damit ein für alle Mal einen Krieg unmöglich zu machen. Von euch, Soldaten, wie es wesentlich abhängt, ob diese Bewegung, die glückverheißend eingesezt hat, erfolgreich verläuft.

## Gegen die Verspätterungsversuche.

### Au das deutsche Volk!

Am 4. Dezember 1918 haben zwei Versammlungen in Köln unter Beteiligung ehemaliger Zentrumsabgeordneter die amerikanischen Vertreter des Verteidigungsrates der Parteien im Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein aufgefordert, die Proklamation einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigung ehemaliger Teile des Reiches oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die französische Zusammensetzung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwohl, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollständig regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene Reichstagsversammlung und die von ihr freizulegende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das fünfjährige Sitzrecht des rheinischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuregelung des Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfallungsmaßig einzutretende sind diejenigen anerkannten Vertreter des Volkswillens beraten, die auch im Oberland und Westfalen unter dem freien Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entzogen werden. Auf das entziehbare aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Betrauung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zu Tage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht gewahrt, sondern gefährdet durch die völlig grundsätzlichen Behauptungen, es bestehe die völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen. Vielmehr sind die Kölner Sozialdemokratie einheitlich und im höchsten Grade geeignet, die Sulamitentafel aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu mindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewillt, daß auch im Rheinland und Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches und ihre zivilistischen politischen Verbündeten auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Verspätterungs-

versuche offener oder verbreiter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, den 1. Dezember. Die Volksbeauftragten Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann. — Preuß. Staatssekretär.

## Zur Lage.

### Sitzung des Volksrats.

Aus Berlin wird unter dem 11. Dez. gemeldet: Der Volksrat begann heute Vormittag seine Tagung. Auf der Tagesordnung steht ein Erlassen der Regierung, wegen konterrevolutionärer Umtriebe festgenommene Personen zu geben. Darauf handelt es sich um den Hauptmann Lorenz im Kriegsmaterialkabinett, der in enger Verbindung mit der im Hotel Prinz aufgebotenen Studentenwehr stand. Vizepräsident Eichhorn gibt einen Unterlassungsbericht über die Vorbereitungsergebnisse und Ziele der Studentenwehr. Daraus geht hervor, daß diese Verbindung planmäßig an ihrer Ausdrückung mit Bosien und anderem Material arbeitete. Hauptmann Lorenz hatte den Auftrag, aus der Artilleriewerkstatt Spandau 600 Gewehre für die Studentenwehr zu stoffen und hatte auch die hierzu erforderlichen Anforderungsscheine ausgestellt. Nach kurzer Debatte einigte sich der Volksrat mit dem Vertreter der Regierung dahin, daß die bereits eingetragene Untersuchungskommission über die Freilassung des Lorenz entscheidet und daß im Falle der Freilassung des Kriegsmaterialkabinettes vorsichtige. Einem Wunsche der Regierung nachgegeben wird. Am Ende der Tagung steht der Vorsitzende des Volksrats, sich an den Einzugsfeierlichkeiten für die heimkehrenden Truppen zu beteiligen. Von einer Delegation des Groß-Berliner Sicherheitsdienstes wird Schwerde über die Behandlung seiner Mitglieder durch die republikanischen Soldaten vorgezogen, deren schnelle Freilassung in einer Kommission erfolgen soll.

Berichtigung. In dem gelegigen Bericht über die Sitzung des Volksrats ist richtig zu halten, daß die Ausschließung der an die russischen Sowjets engeneyten Einladung nicht auf den Widerstand der S.-Räte an der Ostfront zurückzuführen ist, sondern auf die ablehnende Haltung der Regierung.

### Sitzung der Soldatenräte Großberlins.

Aus Berlin wird unter dem 11. Dezember gemeldet: Nachdem der Vorsitzende die gestern eingetroffenen Truppen berichtet hat, erklärte Vize den Vorsitzenden. Leichmann berichtet über die Verhandlungen des Antwortschlusses hinreichend der Entschädigung für Soldatenräte. Es erhält jedes Mitglied des Soldatenrates neben der Röhrung und der Arbeitsauslastung von 3 Mark täglich eine Salage von 5 Mark. Außerdem kann für Auswandertschädigung bis zu 5 Mark hundert werden. Ohne Ausprache wird eine Entschädigung angenommen, die sich gegen die Beworung der Einjährigen freiwilligen auspricht. Ein Dringlichkeitsantrag wendet sich gegen den Volksrat, der den Kameraden Bergmann, dessen Jugendfreiheit zum Volksrat in letzter Stunde bestimmt worden war, weiter beschäftigt. Es wird beschlossen, daß ein Ausschussgemäß in keiner Weise mehr vom Volksrat beschäftigt werden darf. Ein Antrag, nach Südwürttemberg Mutter einen Zentralrat der A. und S.-Räte für Preußen einzurichten, wird dem Büro übergeben. Ein Antrag, das Plenum der S.-Räte nach der Verteilung der Mitglieder zu gruppieren, wird abgelehnt. Nach dem Bericht des Wahlbüros liegen denselben 22 Anträge vor. Darunter befinden sich folgende: Ein Antrag, der sich gegen die Bildung einer Unteroffiziersregierung auspricht, ein Antrag, der sich gegen die hohen Dienstleistungen für aus dem Felde zurückgekehrte Kameraden ausspricht, ein Antrag, der sich für die Abiegung der Chargenabschaffung auspricht. Die Anträge werden dem Fünfzehnsitzsaal auf Beschränkung übergeben. Es folgt der Bericht über die Auflösungsarbeit bei den zufriedenstellenden Gardetruppen. Darauf sei die Kommission bei den Offizieren auf passiven Widerstand einzuhören. Die Truppen seien vollkommen in der Hand der Offiziere, auf deren Seite auch die aktiven Unteroffiziere und Feldwebel stehen. Die Offiziere hätten erklärt, in Berlin mit Viehmarkt und den Juden anstreben zu wollen. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Auflösungsarbeit das mögliche schon schaffen werde. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen. Es folgt der Bericht über den Fall Bernhagen. Das Mandat des Volksratsentschuldigtes Bernhagen wird für ungültig erklärt. Eine längere Ausprache schließt sich an den Bericht, ob Wolfenbüttel weiter im Volksrat bleiben soll. Es wird ihm der Vorwurf gemacht, daß der Soldatische Teil des Volksrats nicht genügend Zusammensetzung gezeigt habe. Wolfenbüttel verteidigt sich gegen diese Vorwürfe und erklärt noch bestem Willen und mit voller Kraft zu arbeiten. Urtetet Sie anders, so bedauere ich es, schließt er, nicht meiner Person sondern der Sache wegen. In der Ausprache wird darauf hingewiesen, daß es politisch ungünstig wäre, auf die vorerst Tage einen Erfahrman zu wählen. Schließlich wird die Angelegenheit Wolfenbüttel an den Ausschuss zurückgewiesen. Am Angelegenheit Gerhardt und Cöllin Ros wird mitgeteilt, daß gegen beide sehr schwere Anklahungen vorliegen, die von einer Kommission von drei Juristen geprüft würden. Morgen oder übermorgen sollte die Entscheidung vorliegen. An Stelle von Bernhagen und Bergmann werden lange mit 26 und von Co. jeweils mit 140 Stimmen gewählt.

### Die Spannung zwischen Regierung und Volksrat.

Zwischen der Regierung und dem Volksrat ein Vertragsvertrag ausdrücklich bei der Regierung zu liegen hat, hat der Berliner Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte neuerdings in die Executive eingegriffen. Verhaftungen vorgenommen usw. Wie wir hören, schweren am Regierung und Volksrat Verhandlungen, um diese Streitfrage endgültig zu klären und die Regierung ist entschlossen, in ihrer Forderung festzuhalten, daß die Executive allein ihr zu steht, da sonst ein festes Regiment überhaupt unmöglich gemacht wird. Auch gegen die Übergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte, namentlich so weit sie sich gegen die Pressefreiheit richten, ist die Regierung entschlossen, mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Sie redet, wie wir erfahren, die am 16. Dezember nach Berlin einberufenen Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Maßnahmen vorzuschlagen, durch die solche Eingriffe losaler A. und S.-Räte unmöglich gemacht werden. Die Pressefreiheit will sie unter allen Umständen hüten, doch gegen deren Missbrauch, wie z. B. die Aufreizung der Massen zu Gewalttätigkeiten, oder gar die Aufforderung, Mitglieder der Regierung aufzuhüpfen, durch schwere Anwendung der Strafgesetze, die nach wie vor in voller Kraft sind, aufzustellen.

## Ein freiwilliges Volksheer.

Von zukünftiger Seite wird uns bestätigt, daß im Schoße der Regierung die Gründung eines Volksheeres geplant wird. Wenn auch noch keine bindenden Entschlüsse vorliegen, so können wir doch einige Grundzüge des Plans hier mitteilen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die jetzt noch unter Waffen stehenden Truppen entsprechend den für die Demobilisierung getroffenen Maßnahmen so bald wie möglich zu entlassen sind und das bisherige Wehrgefecht trotz des Revolutionskrieges als aufgehoben zu betrachten sei. Bisher wurden im Frieden die Rekrutenkontingente zweier Jahre in den Kabinetten beibehalten. Seit der Erhöhung des Kontingentes im Jahre 1918 umfaßte ein Rekrutenjahrzgang 860 000 Mann, sodass mit Auszahlung des Offiziers um den Friedensstand des Heeres etwa 780 000 Mann betrug. Da die gegenwärtige Regierung ein Fortbestehen der Dienstpflicht nach der Demobilisierung nicht anerkennt, so will sie das neue Volksheer durchaus auf die Grundlage der Freiwilligkeit stellen. Man sieht vor, daß aus der Reihe der jüngsten Abgängen für genügend Mannschaften melde werden, um die Cadets für die Freiwilligenarmee zu bilden. Die freiwilligen Mannschaften — ein Dienstjahr — schließt, wie gesagt, aus — sollen ausreichend Bezahlung erhalten. Sie sollen ihre Führer selber wählen. Wahrscheinlich wird die Entstehung von Berufsoffizieren als Instruktoren, die ja unvermeidlich ist, erfolgen.

### Sollte Rücktritt.

Staatssekretär Solf hat sich, wie verlautet, am Mittwoch endgültig entschlossen, sein Abtschiedsgesetz einzurichten.

### Keine Einberufung des Reichstages.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Mitteilungen des „Ber. Taged.“ über eine unmittelbar bevorstehende Einberufung des deutschen Reichstages oder über Beratungen der Regierung in solchem Sinne entbehren jeder Begründung. Die Regierung betrachtet den Reichstag als nicht mehr bestehend. Nach unseren Informationen ist der Regierung auch keinerlei offizielle Mitteilung zugegangen, daß die Entente die Einberufung des Reichstages wünsche.

### Die preußische Regierung gegen die polnischen Übergriffe.

Die Beziehungen in den Ostmarken werden, wie wir erfahren, durch die polnischen Übergriffe immer unerträglicher. In letzter Zeit wird von polnischer Seite eine besonders starke Agitation betrieben, um die Bewohner des Ostens zu beeinflussen, damit bei einer Abstimmung sich eine Mehrheit für die Angliederung der Provinz Polen und weiterer Teile des Ostens an das neue Königreich Polen ergebe. Demgegenüber hat die preußische Staatsregierung, wie uns mitgeteilt wird, Vorsorge getroffen, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, welche moralische Verpflichtung und welche entwidschten Vorteile für sie bestehen, wenn sie treu zum gleichen Meilen. In den nächsten Tagen werden sich Vertreter der Regierung darunter auch der Vorsitzende des politischen Kabinetts, Minister Hirsh, nach den verschiedenen Centralen des Ostens begeben, um mit den dortigen Regierungsbüroden die Maßnahmen, die jetzt zu treffen sind, zu besprechen. Man hat sich entschlossen, den Entwicklung nicht mehr weiter so ruhig und untrüglichs auszuweisen, wie bisher, sondern erforderlichenfalls mit starken Mitteln einzutreten.

### Leitmeritz von den Tschechen besetzt.

Die Tschechen besiegen nunmehr auch Leitmeritz. Es wurde ein aus sechs Deutschen und sechs Tschechen bestehender Verwaltungsausschuss mit einem Tschechen als Vorsitzenden eingesetzt.

### Deutschland soll bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ziehen.

Reuter meldet aus London: Lord Robert Cecil sagt in einer Versammlung in Letchworth, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könnte, daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diesen Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiederumsetzung, Kompensationen und Kriegsschädigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland muß bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ziehen.

Barnes sagt in einer Rede in Glasgow, er würde es nicht für richtig halten, von Deutschland grobe Entschädigungen einzutreiben, da Deutschland niemals im Stande sein werde, sie zu bezahlen. Er sei aber dafür, daß für alle Handlungen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit Genugtuung geleistet werde und zwar nicht vom Kaiser, sondern auch vom deutschen Volke. Wenn er, Barnes, zu den Friedensverhandlungen geben würde, würde er Tonnes um Tonnes des verlorenen Schiffraumes zurückverlangen. Besonders das Seebereich über Annexionen sei darauf zu verweisen, daß einige der Alliierten für die Wiederumsetzung gehaucht haben. Und wenn sie dazu bestimmt seien, dann müsse man sie unterstützen. Auch hätten die Dominions ein Recht darauf, die Früchte ihrer Anstrengungen zu ernten. Barnes schloß mit der Erklärung, daß die Machtstellung der britischen Flotte keinesfalls verengt werden dürfe.

### Der Bedarf an Maschinen und Werkzeugen.

Wie der amerikanische Befehlshaber in der Schweiz aus Brooklyn meldet, erklärte William Redfield, der Befehlshaber der Vereinigten Staaten vor der Brooklyn-Danckes-Schiffsschau, daß 4000 Tonnen Maschinen und Werkzeuge in New Yorker Häfen zur Verschiffung bereit liegen. Ein Auftrag für Werkzeuge und Werkzeugmaschinen im Betrage von 10 Millionen Dollars zur Unterstützung und Wiederaufnahme der Arbeit der Hobokenwerke in Frankreich steht bevor. Mit aller Wahrscheinlichkeit sei mit einer Nachfrage von Stahlmaterial zu rechnen, deren Wert in die Milliarden geht und die größtenteils von Amerika zu liefern seien, da Großbritannien für sich selbst sorgen müsse. Die deutschen Bedürfnisse seien dabei nicht berücksichtigt, da quer jene Nationen beliefern werden sollen, die für die Entente kämpfen.

### Die Republik Neutölln.

Die Spartakusleute haben in dem Berliner Vorort Neukölln die Herrschaft an sich gerissen. Sie betrachten sich als vollständig selbstständig und kümmern sich um Verhandlungen der Regierung nicht. Von der Regierung sind bereits verschiedene Anordnungen, die sie erlassen haben, für ungültig erklärt worden. Sie haben sie aus eigener Machtvolkswillenheit auch die Stadtverordnetenversammlung außer Kraft gesetzt, indem sie an den Magistrat ein Schreiben richteten, daß der Arbeiterrat entzlossen sei, die Stadtverordnetenversammlung nicht zusammenzutreten zu lassen, daß vielmehr der Arbeiterrat zusammen mit dem Magistrat die Gewalt der Gemeinde übernehmen und zum dauernden Zeitpunkt zur selben Zeit und am selben Orte mit der Stadtverordnetenversammlung zusammenzutreten, die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt war. Die städtischen Körperschaften haben sich sofort mit einer Beschwerde an die Regierung gewandt.

### Die englischen Arbeitgeber Delegaties für die Friedenskonferenz.

Rentier meldet aus London: Amlich wird mitgeteilt, daß der Schiedsmittelkontrolleur Lyons (Arbeitgeberpartei) zu einem der britischen Vertreter auf der Friedenskonferenz ernannt werden soll.

#### England und Schlesien.

Rentier meldet aus London: Thürzil liegt in einer Stube, die es in London über die finanziellen Fragen stellt, z. B. folgendes: England ist an die Vereinigten Staaten schwer verpflichtet. Es habe nur 400 Millionen Gold und 600 bis 1000 Millionen Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Auszahlung für die Schäden und der Sanktionskredit für die Wertpapiere würde während des folgenden Jahres England eine sehr erhebliche Last auferlegen.

Der britische Ministerpräsident über den Aufenthalt des Großherzogs in Holland.

On der vorgebrachten Sitzung der zweiten Holländischen Räte erklärte der Vorsitzende des Ministeriums, die Regierung würde es leichter haben, wenn der frühere deutsche Kaiser sie nicht Holland als Zustandsort ausgewählt hätte. Er hätte aber, wie aus einer amtlichen Mitteilung des Holländischen Reichstags in Berlin berichtet, vor seiner Flucht nach Holland auf den Thron verzichtet. Am 20. November folgte dann die bekannte Urkunde die in Amerikongen unterzeichnet wurde. Schon am 9. November wußte die Regierung, daß der Kaiser abgedankt hatte. Nach der Thronabdication konnte von einer Interrierung keine Rede sein. Es handelt sich einfach um eine Frage der Dokumentation, um eine Tradition. Die Regierung mußte, daß Holland durch in Schwierigkeiten kommen würde. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als unzweckmäßige Haltung darzustellen, weicht die Regierung zurück. Sieben andere Staatsoberhäupter würden auf die gleiche Weise empfangen worden sein. Ein eventuelles formelles Ansuchen um Auslieferung des früheren Kaisers würde auf seine Geschäftigkeit und auf die bestehenden Verträge hin untersucht werden müssen. Es ist auch möglich, daß fremde Regierungen müssen werden, mit Holland wegen eines neuen Aufenthaltes des früheren Kaisers in Unterhandlungen zu treten. Die Regierung würde dem zustimmen, wenn Holland dabei eine Stellung eingeräumt würde, die sich mit der Höhe und Würde des Bundes verträgt. Vergleich des Durchgangs unbewaffneter deutscher Soldaten durch die Stadt Hamburg erforderte der Minister, von Interrierung könnte keine Rede sein. Eine Verweigerung des Durchgangs wäre auch gegen die Interessen der belgischen Bevölkerung gewesen. Auch die allgemeine Entwicklung sei streng bedacht worden. Von Neutralitätsvertrag sei keine Rede. Der Minister vertritt sodann die zulässige Durchführung sozialer und politischer Reformen.

#### Vorentsichten zu den Arbeiterratswahlen in Chemnitz.

Die „Rote Presse“ bringt ihren Bericht über den Einmarsch der Gardebrigaden unter der Überschrift: „Der Eid gegen den Volksaufstand“. Nach Mitteilung der Rödeformal schreibt sie u. a.: Die Gardebrigaden können nur, für den Rat der Volksbeauftragten einzutreten. Der Volksaufstand wird nicht einmal erwähnt; er existiert nicht.“ Unter „Grenzhäufigkeit über Arbeiterratswahlen“ verwirft das Blatt die allgemeine Stimmenwahl, wie sie in Dresden und Chemnitz geführt wurde. Es kommt zu dem Schluß: „Die bedeutendste Gewaltübernahme findet als Wahlkreisübergreifung statt.“ Gegenüber dem alleinigen Wahlrecht der großindustriellen Arbeitnehmer im Reime enthalten, wie das angekündigte Wahlrecht zur Nationalversammlung nur eine Errichtung des Klassenhauses ist. Dafür kommt es an den Betriebswahlen. Die „Freiheit“ schreibt zum Arbeitsschlange der Sozialisierungskommission u. a.: „Schwer ist das Werk. Wir hoffen aber, daß die Schwierigkeiten in nicht zu ferner Zeit überwunden werden. Noch in Deutschland umgeben von Sklaven, in denen ein siegreicher Kapitalismus herrscht. Wie lange noch? Von dieser Frage hängt viel für die ökonomische Zukunft der Menschheit ab.“ Bei den Arbeiterratswahlen in Chemnitz erkenn die „Freiheit“ den ersten Erfolg der Richtung Scheidemann an. „Aber ebenso wenig wie in Dresden besaßen in Chemnitz bisher die Gegner der Scheidemann-Socialisten eine halbwegs gleichwertige Möglichkeit, an die Massen auszuhören heranzukommen. Es muß ausgeführt werden, daß in Chemnitz durchaus die Spartakus-Richtung vorherrscht. Das war vielleicht nicht ohne Einfluß auf die geringe Stimmenzahl der Unabhängigsten.“

Englisches Amerikanische Delegation über die Freiheit der Meere.

Rentier meldet aus London: „Daily Express“ hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten informatorische Befreiungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, bei denen Wilson konträr Vorstellung macht, die den Forderungen Englands bezüglich des Rechts der Durchfahrt, des Kontinentalschutzes und des Blockadegefechts gerecht werden.

Groß-Britannien wird in den nächsten Tagen eine ausführliche Bekanntmachung seiner Politik veröffentlichen.

#### Kassen freigeschafft.

Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten rheinischen Industriellen Thünen, Stünnes u. m. sind auf Aufruhrung des preußischen Ministeriums des Innern nunmehr freiwillig freigeschafft worden.

Die englischen Schiffe haben den Danziger Hafen verlassen.

Die beiden englischen Schlachtschiffe „Covington“ und „Tennessee“ haben gestern Mittag den Danziger Hafen verlassen. In gleicher Zeit traf der berühmte Schlachtschiff „Möve“ von Lübeck zusammen mit Truppen und Flugzeugen von Bord im Hafen von Rostock weiter ein. Heute werden größere Transporte der deutschen Truppen aus Rostock erwartet.

Die Entente und die innere Lage Deutschlands.

Gegenwärtige englischen Befürchtungen, daß der Bürgerkrieg Berlin droht, und daß das Volk bald den Hafen der Kämpfen und die Ausdehnung der Besetzung bis Berlin fordere, schreibt der „Berl. Totalausgäger“. Es bestogen wird die inneren Gebäude bei und angrenzend und, daß das Volk den Schutz durch die Kämpfen und die Besetzung Berlins fordert, in einer platz. Die Entente lebt solche Hoffnungen nur in die Welt, weil sie nach einem Verstand sucht, größere Gebiete Deutschlands zu befreien, als ihr nach den Waffenstillstandsbedingungen gehörte.

#### Die Preußische Armee.

Bei Befehl, den Rückmarsch mit der Pau und zu Fuß fortzuführen. Eine Reihe weiterer Formationen der Gardegruppe sind in Deutschland eingetroffen.

#### Ein Staat Thüringen.

Aus Erfurt wird gemeldet: Die Vertreter der N. und S. Seite sowie die Vertreter der Thüringischen Staaten und Preußens haben in ihrer Tagung in Erfurt am Dienstag mit 68 gegen eine Stimme folgende Entscheidung gefasst:

Im Rahmen der ungestrahlten Einheit des Reichsgebietes soll auch das Ziel des Strebens von Generationen nach einerheitlicher staatlicher Gestaltung Thüringens Wirklichkeit werden. Die Vertreter der N. und S. Seite des 8. Wahlbezirks zur deutschen Nationalversammlung der Thüringischen Staaten der Regierungsbereich Erfurt und des Kreises Schmalkalden schlagen deshalb vor, die von ihnen vertretenen Gebiete zu einem Staat Thüringen als Zell für Einheitsrepublik Deutschlands zusammenzufügen. Dieses weitere soll ein von Vertretern der Thüringischen Staaten und Preußens zu bildender Ausschluß jedoch wie möglich vorbereiten.

Die Verbündeten mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven lassen erkennen, daß Überlegungen nicht zu erzielen sind. Trotz bestarker Drücke verlangt der englische Admiral genaue Angaben über die im von ihm kontrollierten Kriegsschauplatz Trocken der englische Vertreter in Spanien die Abförderung des Panzerkreuzers „Rodrigen“ ver-

sichtet hat, daß der englische Konsul die Richterfallung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Lieferung fertig zu halten, als Richterfallung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet und in diesem Sinne seiner Regierung berichtet zu wollen erklärt. Er besteht weiter auf Auslieferung der nach dem Völkerrecht rechtmäßigen in bestehenden Besten überzeugenden Güteschäfte. Trotz Einwirke auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volkswirtschaft zeigte die Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Güter und des Vertrags zwischen den deutschen Seiten und dazu soll auf die Wiederaufnahme der bestehenden Güter und der Güterübergang in unmittelbarem Benehmen der beteiligten Eisenbahnbetriebungen bemüht gezeigt werden sollen.

14. Die beiden Regierungen sind darüber einverstanden, daß im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs die Einzelheiten für den Güter- und Personenverkehr einschließlich des Gedächtnisvertrages der Deutschen und Eisenbahngesellschaften in unmittelbarem Benehmen der beteiligten Eisenbahnbetriebungen bemüht gezeigt werden sollen.

15. Die beiden Regierungen werden dem Grenzübergangs und der ungeplannten Sicherung der diplomatischen Kurteile und des von ihnen mitgeführten Gepäck keine Hindernisse in dem Weg legen.

16. Was die Durchführung anlangt, so erkennen beide Teile grundsätzlich an, daß die wechselseitige Durchfahrt möglichst wenig gehindert werden soll. Sie werden daher nach Abschluß der jeweiligen Transportlinie Durchfahrtsschranken schnellstens einer wohlwollenden Prüfung und Erlaubigung unterziehen; jedenfalls aber soll die Durchfahrt von Kohle, Rost und festen Brennstoffen wechselseitig frei liegen.

17. Vorbehobenes Abkommen soll sofort in Kraft treten und bleibt in Gültigkeit bis es seitens eines der vertragsschließenden Teile mit 14-tägiger Frist gekündigt sein wird.

Berlin, den 7. Dezember 1918.  
ges. v. Stockholm m. ges. D. Rath.

### Ein bedeutsamer deutsch-slowakischer Vereinigungsvertrag.

Wischen den Vertretern der Deutschen Regierung und der Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik ist am Mittwoch zur provisorischen Regelung einiger besonders dringlicher wirtschaftlicher Fragen die nachstehende Vereinbarung getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll, und durch die in seiner Weise irgendwie der Regelung einer ähnlichen den beiden vertragsschließenden Teilen stützende Frage in einem späteren Zeitpunkt vorgegriffen werden soll.

1. Deutschland ist bereit, der Tschecho-Slowakischen Republik fünfzehntausend Tonnen Steinöl und Rost, wobei mindestens siebenzehntausendfünfhundert Tonnen in Steinöl geöffnet werden sollen, monatlich zu liefern. Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wird ihrerseits monatlich eine Menge von siebzehntausend Tonnen Braunkohle (ohne Staub) der Deutschen Regierung zur Verfügung stellen.

Es bleibt beiderseits vorbehalten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, die genannten Mengen zu erhöhen. In diesem Falle soll auch der andere Teil gehalten sein, die auf ihn entfallende Lieferung dem Verhältnisse von 15 000 : 70 000 entsprechend gleichfalls zu erhöhen.

Für den Uebertransport der Kohle nach Deutschland soll zunächst auch der Wasserweg herangezogen werden. Soweit hierzu sowie für alle anderen Schiffstransporte von und nach dem tschecho-slowakischen Staatsgebiet funktionell erforderlich ist, ist dies in den vorgenannten Mengen nicht eingeschlossen, sondern wird jeweils von der Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik zur Verfügung gestellt.

Die Einzelheiten über die technische Durchführung der vorstehend bezeichneten Lieferungen werden in direstem Benehmen des Reichskommissars und der Kohlennomission in Prag getroffen werden.

2. Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wird die Ausfuhr von monatlich mindestens fünfzig Tonnen Karmelase und fünfzig Tonnen Ölbaumessig aus dem (Bombl) nach Deutschland gestatten.

Soweit zur Ausfuhr verfügbare Mengen getrockneten Obstes vorhanden sind, wird die Bereitstellung der Tschecho-Slowakischen Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen.

3. Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wird die Ausfuhr von Kaolin und Graphit nach Deutschland nicht behindern.

4. Zugelassen soll die Ausfuhr von Grubenholz nach Deutschland keinen Einschränkungen unterliegen. Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wird über dies zunächst große Mengen von Bau- und Ruhholz aus Ausfuhr nach Deutschland zulassen. Wenn soll der Ausfuhr von Schieferholz nach Deutschland zunächst kein Hindernis bereitet werden, sofern der inländische Bedarf der Tschecho-Slowakischen Republik gedeckt ist.

5. Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wird monatlich mindestens eine Menge von zwanzig Waggon-Bartibet zur Ausfuhr nach Deutschland freigeben.

6. Die deutsche Regierung wird die Sicherung und Ausfuhr von Maschinen und Maschinen Teilen sowie Erzeugnissen der elektrotechnischen Industrie freigeben, welche entweder vor dem 18. Mai dieses Jahres bestellt und bezahlt oder nach diesem Termin mit Bewilligung der österreichisch-ungarischen Regierung bestellt worden. Umgekehrt wird die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik gegenüber deutscher Sicherungsdienst freigeben.

7. Die deutsche Regierung ist bereit, der Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik zunächst bis von ihr benötigten Mengen von Chemikalien zur Ausfuhr zugelassen zu geben. Es besteht jedoch eindeutig Hindernis darüber, daß die Durchführung dieser Vereinbarung in der Weise erfolgen soll, daß seitens der Tschecho-Slowakischen Republik der deutschen Regierung zunächst ein Vertragsmäßiger gewünschten, in Frage kommenden Chemikalien nicht Mengenabgaben gegeben werden.

8. Ebenso wird die deutsche Regierung, soweit die Bevölkerung bei inländischen Gebieten es aufzeigt, der Ausfuhr von Kautschuk, Ölbaum und Baumwolle nach der Tschecho-Slowakischen Republik keine Schwierigkeiten bereiten.

9. Unter der Voraussetzung einer wesentlichen Senkung der heutigen Fallproduktion wird die deutsche Regierung bereit sein, seinesseitig der Tschecho-Slowakischen Republik eine entsprechende Menge von Kalt für die Straßenbahnförderung freizugeben.

10. Die deutsche Regierung legt eine mögstmöglichste Prüfung der Frage der Ausfuhr von Farbstoff, Bunt und Aluminium zu.

11. Mindestens bei Wagenverkehr vereinbaren die beiden Regierungen, daß bis auf weiteres bei Wagenübergang nach beiden Richtungen ein gleichmäßiger Betrieb soll, und daß die näheren Vereinbarungen hierüber die Güterabwicklungen treffen werden. Die Entscheidung für die gegenwärtige Wagenbenutzung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins-Wagenübereinkommens.

12. Beide Regierungen erklären sich bereit, in ihrem Gebiet legende Schiffe des anderen Teils neben ihren Ladungen wechselseitig freizugeben.

13. Soweit im Gebiet des einen Teils waren die anderen Teile beschlagnahmt sind, soll die Aushebung der Beschlagnahme und die Freigabe unverzüglich erfolgen.

### Eine Großstadt in Verzweiflung.

Wien und Österreich-Ungarn.

Die Dinge in Wien und Österreich-Ungarn trieben in den letzten Tagen offenbar einer Katastrophe zu. Die Verzweiflung der Kohlenzufuhr durch die österreichisch-slowakische Regierung hatte vor allem in Wien Erspartungsmaßnahmen in der Beleuchtung und Beheizung sowie im Verkehrsverkehr notwendig gemacht, derengleichen keine Hauptstadt der Welt in einem Kriegsfall eine einzige funktionierende Befestigung in legen einem kriegsfähigen Lande bisher zu erfordern drohte. Zum einzelnen Haushalte darf im Tage nur ein Kubikmeter Gas für Beleuchtungs- und Kochzwecke verwendet werden. Die Abgabe des elektrischen Stromes ist im entsprechenden Ausmaß gestoppt. Um 4 Uhr schließen die Kaufhäuser, um 9 Uhr die Lokomotivstationen, um 8 Uhr fährt die letzte Straßenbahn, die Straßenbahn ist nämlich eingestellt, die Zufuhr der Eisenbahnen ist außerordentlich vermindert. Dabei wird von den Behörden die einzige Einschränkung als ein bloßer Anfang betrachtet. Baldlose Straßenbahnen, die Kohlenkioske zu mildern, blieben unerlaubt. Dabei läßt die tschechische Eisenbahndirektion die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in Tschechien-Böhmen im Friedensausmaß an. Die Wiener Brotknotenlinien aufzubauen.

Wien ist eine Stadt der Not und Verzweiflung geworden. Man flaniert sich mit der leichten Hoffnung an die amerikanischen Versprechungen einer Lebensmittelabfuhr und daran, daß die im allerletzten Moment vielleicht auf einen Wind der Entente, erfolgte Mitteilung aus Prag, dem Durchtransport über schlechter Kohle durch Böhmen werde fortan kein Hindernis in den Weg gelegt werden, nicht wieder bloß auf eine Ausflucht hinauslaufen werde. Aber das alles müßt sich bald verwirklichen, wenn es nicht zu früh werden soll. Die Sommerreden des Staatssekretärs in der Nationalversammlung über die Volksernährung und die Kohlenverfügung führen eine berechte Sprache. Private Unterredungen mit den Regierungsmännern bestärken den Einbruck, daß dabei nicht übertrieben wurde. Die Regierung ist noch pessimistischer, als sie sich es ammermen lassen will.

Die Feststellung des deutschen Gesandten in Wien, daß ein Teil von Deutschland angloamerikanische Wochenschriften verboten sind, ist mit keiner Dankbarkeit vernommen worden. Seinem Menschen hier ist eingefallen, der deutschen Regierung die Abfahrt einer militärischen Anholzung auszumachen. Umgekehrt, daß Publikum bereit nicht steht, warum sich Deutschland in der Frage des Anschlusses Österreich-Ungarns so zaghaft und ausdrücklich denunziert. Man kann gar nicht glauben, daß es die Sorge vor dem Horne vor der Entente ist, die Deutschlands Verhältnisse bestimmt, und darauf soll auf einen Wind der Entente, erfolgte Mitteilung aus Prag, dem Durchtransport über schlechter Kohle durch Böhmen, welche fortan kein Hindernis in den Weg gelegt werden, nicht wieder bloß auf eine Ausflucht hinauslaufen werde. Aber das alles müßt sich bald verwirklichen, wenn es nicht zu früh werden soll. Die Sommerreden des Staatssekretärs für die Bevölkerung des Anschlusses mit dem Verlust von Deutsch-Böhmen werden zähmen müssen. Daß die Tschechen eine deutsche Stadt nach der anderen besiegen, kann man sich nur damit erklären, daß sie von der einen oder der anderen Entente nach Deutsch-Böhmen vertraglich ausgeschlossen bekommen haben. Gütwillig sollte aber Deutsch-Böhmen nicht untersetzt werden. Der Staatssekretär Mr. Neuherr Dr. Bauer, hat am 8. Dezember den Tschechen und Südmännen vorgeschlagen, zur Entscheidung über die Streitfälle in den Grenzgebieten Schiedsgerichte mit neutralen Beisiegern zu bilden, deren Urteile bis zur Friedenskonferenz zu gelten hätten. Die Annahme dieses Vorschlags ist mehr als zweifelhaft, denn die Tschechen könnten nur unglücklich sein. Dennoch ist Bauers Einfall nicht unüblich. Er beweist vor aller Welt, daß Österreich-Ungarn sich im Rechte fühlt.

### Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Reichsminister der Kriegsbeschädigtenfürsorge teilt mit: Seit dem Beginn der Demobilisierung mehren sich die Klagen der Kriegsbeschädigten, daß die Arbeitsgeber, die durch Anordnung des Demobilisierungsgesetzes bis dem 1. August 1914 bei ihnen beschäftigt waren, wieder eingestellt, dann übergeben, den in letzter Zeit von ihnen beauftragten Kriegsbeschädigten, zu anderen befehlten, um sie damit entgegengebracht werden, in so hoher Anzahl, dass sie kaum vertraglich ausgeschlossen bekommen haben. Gütwillig sollte aber Deutsch-Böhmen nicht untersetzt werden. Der Staatssekretär Mr. Neuherr Dr. Bauer, hat am 8. Dezember den Tschechen und Südmännen vorgeschlagen, zur Entscheidung über die Streitfälle in den Grenzgebieten Schiedsgerichte mit neutralen Beisiegern zu bilden, deren Urteile bis zur Friedenskonferenz zu gelten hätten. Die Annahme dieses Vorschlags ist mehr als zweifelhaft, denn die Tschechen könnten nur unglücklich sein. Dennoch ist Bauers Einfall nicht unüblich. Er beweist vor aller Welt, daß Österreich-Ungarn sich im Rechte fühlt.

Frankreich.

Der neue Bundespräsident. Die Bundesversammlung wählte zum schwedischen Bundespräsidenten für 1919 General Gustaf Adolfs aus Örebro, geboren 1845, Chef des Departements des Innern. 59 Stimmen fielen auf General Willems aus Bern. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde ernannt Bundesrat Motta aus dem Tessin, geb. 1871. Als Bundesrat wurde gewählt der bisherige Befehlshaber von Stralsund. Das Bundesgericht wurde in Corsept bestätigt und Wies aus Genf zum Bundespräsidenten gewählt.

Spanien.

Der neue Bundespräsident. Die Bundesversammlung wählte zum schwedischen Bundespräsidenten für 1919 General Gustaf Adolfs aus Örebro, geboren 1845, Chef des Departements des Innern. 59 Stimmen fielen auf General Willems aus Bern. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde ernannt Bundesrat Motta aus dem Tessin, geb. 1871. Als Bundesrat wurde gewählt der bisherige Befehlshaber von Stralsund. Das Bundesgericht wurde in Corsept bestätigt und Wies aus Genf zum Bundespräsidenten gewählt.